

Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag, Maximilianeum, 81627 München

An die
Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-,
Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns
z.Hd. der Vorsitzenden
Frau Mitra Sharifi Neystanak
Gostenhofer Hauptstraße 63
90443 Nürnberg

Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag

Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089/4126-2493, -2728

Fax 089/4126-1494

info@gruene-fraktion-bayern.de

www.gruene-fraktion-bayern.de

U4/U5 Max-Weber-Platz

Tram 19 Maximilianeum

München, den 09.06.2015

Ihr Schreiben „Resolutionen der AGABY“

Sehr geehrte Frau Neystanak,

besten Dank für die Zusendung der Resolutionen der AGABY, die uns in unserem Einsatz für eine humane Flüchtlingspolitik in Bayern bestärkt. Die CSU Regierung verschließt die Augen vor den Herausforderungen, die eine menschenwürdige Unterbringung und Unterstützung der Asyl- und Schutzsuchenden in Bayern für Gesellschaft und Politik bedeuten. Um so wichtiger ist es, in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis für diese Aufgabe einzutreten.

Wir haben durch zahlreiche Gespräche mit den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern feststellen können, welche Unterstützung sie für ihre Arbeit brauchen.

Wir wollen Landkreise und Städte dabei unterstützen, vorrangig Wohnungen zur Unterbringung von Asylsuchenden zur Verfügung zu stellen. Ein langer Aufenthalt in Gemeinschaftsunterkünften ohne Privatsphäre zerstört die Hoffnungen der Menschen auf ein selbstständiges Leben. Wir wollen dazu beitragen, dass es Flüchtlingen ermöglicht wird, Sprach- und Integrationskurse wahrzunehmen. Allen Kindern und Jugendlichen muss der Besuch von Kitas und (Berufs-) Schulen offen stehen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen durch die Jugendhilfe in geeigneten Betreuungsangeboten untergebracht werden. Bei den Haushaltsverhandlungen haben wir deshalb eine Ausweitung der finanziellen Rahmenbedingungen für die Integration von Kindern und Jugendlichen in das Bildungssystem gefordert.

Die Resolutionen der Delegiertenversammlung der AGABY spiegeln

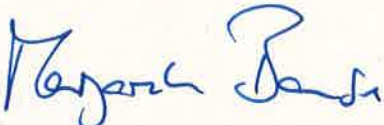
unsere parlamentarischen Initiativen wieder. So haben wir die CSU-Regierung aufgefordert, Mindeststandards für neue Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende in Bayern festzulegen. Nach der Anhörung zur Asylpolitik im letzten Jahr haben wir Anträge eingereicht, die ein Wohnungsbauprogramm für Flüchtlinge und die Auszugsmöglichkeiten aus den Gemeinschaftsunterkünften vorsehen.

Ganz aktuell fordern wir die Regierung auf, die Gesetzesänderung auf Bundesebene umzusetzen, die sie auch in Ihrem Schreiben erwähnen. Wir wollen so die Voraussetzungen schaffen, dass für Asylsuchende, die geduldet sind bzw. sich im Asylverfahren befinden und ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren können, Auszugsmöglichkeiten aus den Gemeinschaftsunterkünften bestehen.

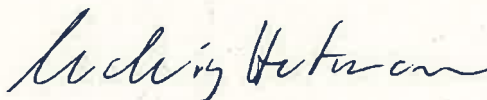
Um die nachhaltige Bekämpfung des Rassismus in der Mitte der Gesellschaft voranzutreiben haben wir in unseren Anträgen die Einrichtung einer Bayerischen Antidiskriminierungsstelle, die Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt, und den Beitritt Bayerns zur ‚Koalition gegen Diskriminierung‘ gefordert.

Gerade jetzt ist es wichtig, sich darauf zu besinnen, welche Werte uns in pluralistischen Gesellschaften verbinden. Völlig zu Recht hat der Rat für Migration erst kürzlich gefordert, Deutschland brauche langfristig ein neues gesellschaftliches Leitbild, ein neues Selbstbild, an dem sich alle Menschen in Deutschland orientieren können. Vielfalt, Offenheit und Liberalität tun Deutschland und Bayern gut. Dieses Bewusstsein gilt es noch stärker in die Bevölkerung zu tragen. Nur so können wir die Ängste und Sorgen all jener abbauen, die eine heterogene und liberale Gesellschaft noch immer in erster Linie als Bedrohung wahrnehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Margarete Bause, MdL
Fraktionsvorsitzende



Ludwig Hartmann, MdL
Fraktionsvorsitzender